

Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 06.10.2025
Raum: Ratssaal des Rathauses, Sophienstr. 27, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:31 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Frau Susanne Lamers CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Thorsten Bohmann CDU

Frau Sylke Heilker CDU für Alexander von Essen

Herr Thorsten Menke CDU

Frau Silvia Heinemann SPD für Benjamin Dau

Herr Wilhelm Janßen SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr stv. BM Horst Segebade SPD für Levent Süre

Herr Jan Hoffmann B90/Grüne

Herr Carsten Helms FDP

Herr Dirk Bakenhus UWG

Ehrenratsmitglieder

Herr Hans-Gerold Finkeisen CDU

Verwaltung

Herr Günther Henkel

Frau Sabine Meyer

Herr Dr. Stephan Meyn

Herr Stefan Unnewehr

Herr Michael Hollmeyer

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

sowie ein weiterer Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Alexander von Essen	CDU
Herr Benjamin Dau	SPD
Herr Levent Süre	SPD

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.08.2025
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Haushalt 2026 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Vorlage: 2025/157
- 6 Anfragen und Hinweise
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.08.2025

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales vom 18.08.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an die Verwaltung gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

**Haushalt 2026 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Vorlage: 2025/157**

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einer umfangreichen Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, die wesentlichen Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2026 vor, wobei er insbesondere darauf hinweist, dass der rechnerische Haushaltsausgleich nur unter Berücksichtigung der dargelegten Steuererhöhung möglich ist und die tatsächliche Lage für das kommende Jahr aber auch für den Finanzplanungszeitraum deutlich kritischer aussieht. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Planung auf restriktive und realitätsnähere Ansätze, der Mobilisierung interner Entlastungspotenziale und der Herausnahme stiller Reserven basiert und auch die Ertragsseite über die skizzierten Steuererhöhungen hinaus unter anderem durch eine Erhöhung des Ansatzes für die Gewerbesteuer weitestgehend ausgeschöpft wurde. Darüber hinaus sind zahlreiche Positionen im Entwurf noch nicht berücksichtigt, wozu beispielsweise die vollständigen Kosten für die Ganztagschulbetreuung, die Digitalisierung, der Klimaschutz, eine ausreichende Finanzierung für die bauliche Unterhaltung bei gemeindlichen Gebäuden und Straßen sowie die drohende Erhöhung der Kreisumlage um vier Prozentpunkte (zusätzliche Belastung für den Haushalt 1,6 Mio. Euro) gehören.

Herr Hoffmann erkundigt sich, inwieweit die Kreditermächtigungen (insgesamt 18,4 Millionen Euro) aus den Jahren 2024 und 2025 noch aktiv bleiben müssen, wenn die Investitionsansätze im Haushalt 2026 neu veranschlagt werden. Er bittet die Verwaltung, im Verlauf der weiteren Haushaltsberatungen klarzustellen, welche Ermächtigungen aktiv bleiben müssen, um „Doppelermächtigungen“ zu vermeiden.

Herr Hollmeyer erläutert, dass voraussichtlich ein großer Teil der Kreditermächtigungen nicht in Anspruch genommen werden muss, jedoch die tatsächlichen finanziellen Abflüsse und die damit einhergehenden möglichen Kreditaufnahmen erst am Jahresende bekannt sind. Dessen ungeachtet werden Haushaltsausgabereise grundsätzlich nur gebildet, wenn die Gemeinde bereits durch eine Ausschreibung gebunden ist und der Auftrag vergeben wurde.

Herr Hoffmann hinterfragt, wie sich die im März 2025 beschlossene Kaufpreisreduzierung im Baugebiet Göhlen auf die Ansätze für 2026 bis 2028 auswirkt, da die Zahlen im Entwurf nach seiner Kenntnis im Gegensatz zu früheren Aussagen der Verwaltung stehen.

Herr Unnewehr weist darauf hin, dass bei der Veranschlagung von der beschlossenen 50-Prozent-Verkaufsquote ausgegangen wurde, jedoch erfahrungsgemäß eine deutlich höhere Kaufquote (über 70 %) erzielt wird, sodass die tatsächlichen Einnahmen höher ausfallen werden als der gebildete Ansatz. Dessen ungeachtet kann – sofern gewünscht – eine detaillierte Berechnung noch einmal im Nachgang dargelegt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann erklärt Herr Unnewehr, dass die Kostenobergrenzen für die Feuerwehrgerätehäuser in Hahn (4,9 Mio. Euro) und Wahnbek (4,2 Mio. Euro) weiterhin Bestand haben.

Herr Hoffmann kritisiert hinsichtlich der im Arbeitskreis Haushalt eingeforderten Ausgaben- und Aufgabenkritik sowie der Einführung engerer Deckungskreise, warum die Verwaltung dieser Forderung insbesondere bei den hohen Aufwendungen für Kitas (13,2 Mio. Euro) noch nicht nachgekommen ist, um eine stärkere Kontrolle einzelner Produkte (z. B. Kitas in fremder vs. eigener Trägerschaft) vornehmen zu können.

Herr Hollmeyer führt aus, dass der Wunsch aus der Politik aufgegriffen wurde und eine Umsetzung im Finanzwesen grundsätzlich technisch möglich ist, jedoch noch ein wenig zeitlichen Vorlauf benötigt.

Herr Helms kritisiert, dass im Haushaltsplanentwurf lediglich die drohende Erhöhung der Kreisumlage als Unsicherheit genannt wird, jedoch mögliche Mehreinnahmen, wie die in Aussicht stehenden 800.000 Euro vom Land für investive Bereiche, ein möglicher Verkauf des Naturbads Hahn, höhere Erträge aus den Grundstücksverkäufen oder Einnahmen aus den Schulverträgen (Wiefelstede/Landkreis), nicht auf der Haben-Seite berücksichtigt werden.

Herr Hollmeyer führt aus, dass bereits höhere Einnahmen aus den Schulverträgen berücksichtigt wurden, jedoch die angesprochenen Einnahmen im investiven Bereich nicht dazu beitragen, den Ergebnishaushalt zu verbessern beziehungsweise den Haushaltsausgleich herbeizuführen.

Herr Hoffmann hinterfragt, warum die im März 2025 mit Ratsmehrheit beschlossenen Investitionsmittel für die Schulen für die Jahre 2026, 2027 und 2028 im Entwurf fehlen und warum erst ein Nachtragshaushalt abgewartet werden muss, anstatt die Ansätze direkt zu übernehmen.

Frau Meyer gibt zu verstehen, dass konkrete Maßnahmen und realistische Finanzdaten erst nach Abschluss des voraussichtlich bis Anfang 2026 laufenden Phase-Null-Prozesses genannt werden können, sodass darauf verzichtet wurde, "Fantasiezahlen" anzusetzen.

Herr Henkel ergänzt, dass es auch in der Vergangenheit gelungen ist, einen Nachtragshaushalt ohne großen Aufwand zügig in den politischen Gremien zu verabschieden, um anstehende Maßnahmen auf den Weg bringen zu können.

Herr Hoffmann hinterfragt, warum im Haushalt 2026 nur 630.000 Euro zur Deckung von Fördermitteln für die Ganztagschule angesetzt sind, obwohl bis zu 1,2 Millionen Euro vom Bund / Land verfügbar wären und die Antragsfrist am 31.10.2025 endet.

Frau Meyer bemerkt, dass die Fördermittel nicht komplett in einem Jahr ausgezahlt werden, sondern sich der Auszahlungszeitraum streckt. Dessen ungeachtet werden alle Anträge fristgerecht gestellt.

Im weiteren Verlauf der Beratung werden weitere Verständnisfragen gestellt und von der Verwaltung beantwortet beziehungsweise deren Klärung im Rahmen der nachfolgenden Beratungen in den zuständigen Fachausschüssen zugesagt.

Herr Janßen stellt für die SPD-Fraktion fest, dass die Gemeinde Rastede in den vergangenen Jahren zwar deutlich mehr Einnahmen zu verzeichnet hatte, jedoch die Ausgaben insbesondere aufgrund zusätzlicher Aufgaben, anstehender Investitionen (Palais, Feuerwehren, Schulen, Kitas) und der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge immer stärker gestiegen sind. Er weist darauf hin, dass es in dieser Zeit nur eine Steueranhebung gegeben hat, die bereits sieben Jahre zurückliegt, sodass er eine Anpassung der Realsteuern als sinnvoll und notwendig erachtet. Im Übrigen stellt die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer von 283 auf 350 Prozentpunkte lediglich einen Inflationsausgleich dar und auch die vorgeschlagene Erhöhung der Gewerbesteuer auf 395 Prozentpunkte sei im Vergleich zum Umland angemessen und konkurrenzfähig. Er spricht sich dafür aus, die vorgeschlagenen Sätze als Minimum anzusehen, da die drohende Erhöhung der Kreisumlage um 4 Prozentpunkte (1,6 Mio. Euro) im Moment noch nicht eingepreist ist.

Herr Hoffmann führt aus, dass eine Steuererhöhung einen sachlichen Grund haben muss, der zum jetzigen Zeitpunkt der Haushaltsberatungen nicht zu erkennen ist. Er kritisiert unter anderem die fehlende Aufgaben- und Ausgabenkritik insbesondere bei den Kindertagesstätten, wo die Aufwendungen für die Einrichtungen in freier Trägerschaft (5,2 Mio. Euro) nicht transparent dargelegt werden sowie die geplante Erweiterung der Kindertagesstätte in Loy, die umgesetzt werden soll, obwohl der Belegungsgrad anderer Kitas (z. B. Loy 80 %, Mühlenstraße 90 %) zeigt, dass ausreichend Plätze vorhanden sind. Im Übrigen stellt er die Sinnhaftigkeit der Investition in die Aufwertung des Turnierplatzes für 520.000 Euro (260.000 Euro Eigenanteil) als klassische freiwillige Leistung infrage und führt ferner aus, dass die Investitionen in die Feuerwehrgerätehäuser zeigen, dass die anvisierte einfache, günstige Bauweise von der Ratsmehrheit nicht umgesetzt wird, sondern erneut die "Wünsch-dir-was-Variante" zum Tragen kommt. Zum Abschluss fordert er für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Umsetzung der im Arbeitskreis Haushalt vereinbarten strukturellen Maßnahmen, wie engere Deckungskreise und die stärkere Kontrolle einzelner Produkte, als Voraussetzung für eine Auseinandersetzung mit einer möglichen Steueranpassung.

Herr Bohmann betont, dass die Gewerbesteuer für den Haushalt zwar immer wichtiger wird, jedoch die Gemeinde Rastede hier im Wettbewerb mit anderen Kommunen steht, was bei den weiteren Haushaltsberatungen berücksichtigt werden sollte. Erschwerend kommt bei einer möglichen Anhebung der Grundsteuer hinzu, dass die Bürgerinnen und Bürger die hohen, zusätzlichen Ausgaben für das Freibad noch im Kopf haben, sodass Steuererhöhungen derzeit schwer zu vermitteln sind. Dessen ungeachtet kann auch nicht von einer permanenten Verschlechterung der Finanzlage die Rede sein, da die Gemeinde Rastede 2026 in den Finanzausgleich einzahlt, was zeigt, dass die Entwicklung eigentlich positiv ist. Abschließend schlägt er exemplarisch vor, mögliche Synergieeffekte bei der Gemeindebücherei (ggfs. in Verbindung mit der Residenzort Rastede GmbH) sowie beim Bauhof (Automatisierung der Rasenpflege durch große Mäh-Roboter) zu prüfen.

Herr Helms hebt ebenfalls wie Herr Hoffmann die Notwendigkeit einer Ausgabenkritik hervor und führt ergänzend aus, dass die Steuereinnahmen der Gemeinde Rastede in den letzten fünf Jahren um 33 Prozent gestiegen sind, sodass es Ziel von Rat und Verwaltung sein sollte, mit diesen Mehreinnahmen auszukommen. Er kritisiert das bisherige Ausgabeverhalten bei den Feuerwehrgerätehäusern und sieht Einsparpotenziale bei der geplanten Investition in den Turnierplatz, beim Zuschussbedarf für die Residenzort Rastede GmbH sowie beim Rat (Reduzierung der Anzahl der Rats-

mitglieder und Streichung des Hardwarezuschusses), um auch nach außen ein Sparsignal zu setzen. Er warnt davor, große Gewerbesteuerzahler durch zu starke Steueranhebung zu verlieren, da diese am leichtesten den Standort verlegen könnten.

Herr Bakenhus führt abschließend aus, dass aus seiner Sicht zunächst die Höhe der Kreisumlage feststehen muss, bevor über mögliche Auswirkungen mit denkbaren Steuererhöhungen diskutiert wird. Ziel sollte es sein, Kompromissbereitschaft an den Tag zu legen, um eine für alle Beteiligten tragbare Lösung zu erarbeiten.

Herr Henkel warnt davor, die Haushaltsansätze solange zusammen zu kürzen, bis sie passen, obwohl erhebliche und unausweichliche Ausgaben (z. B. Ganztagschule, Unterhaltungsstau) vor der Tür stehen. Er appelliert in diesem Zusammenhang an die Politik, die zum Teil kategorische Ablehnung von Einnahmeerhöhungen zu überdenken. Hinsichtlich der aufgeworfenen Detailfragen weist er darauf hin, dass diese Themen von der Verwaltung soweit möglich aufgearbeitet und in den Fachausschüssen angesprochen werden.

Beschluss:

Der erste Haushaltsentwurf 2026 wird zur Kenntnis genommen. Der Entwurf wird unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Ausschusses zur weiteren Beratung in die nachfolgenden Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Anfragen und Hinweise

Abgemeldete Kraftfahrzeuge in der Müritzstraße

Herr Hoffmann weist auf die Problematik hin, dass zunehmend nicht zugelassene beziehungsweise gebrauchte Pkw im öffentlichen Straßenraum (z. B. Müritz- und Egerstraße) abgestellt werden.

Herr Henkel berichtet, dass das Problem bekannt ist und insbesondere am Nordkreuz für großen Ärger sorgt. Dort wurden auch in Absprache und Zusammenarbeit mit dem Landkreis Ammerland (Straßenverkehrs- und Abfallwirtschaftsbehörde) von der Verhängung von Bußgeldern bis hin zum Einsatz von Krallen verschiedenste Maßnahmen zur Entschärfung der Situation erfolglos eingesetzt, sodass jetzt sogar geprüft wird, ob die Möglichkeit besteht, die Straße zu verschmälern.

Anfangszeit der Sitzungen

Herr Bohmann erkundigt sich, ob es zulässig wäre, unterschiedliche Anfangszeiten (z. B. 16 oder 17 Uhr) für verschiedene Ausschüsse festzulegen, um das Sitzungsmanagement zu optimieren.

Herr Henkel führt aus, dass eine derartige Regelung zulässig, aber nicht praktikabel ist, da die Bürgerinnen und Bürger eine einheitliche Zeit erwarten. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die zu Beginn der Wahlperiode vorgenommene Verlegung der Anfangszeiten von 16 auf 17 Uhr keinen signifikanten Zuwachs an Zuschauern zur Folge hatte.

Tagesordnungspunkt 7**Einwohnerfragestunde**

Frau Lamers weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an die Verwaltung zu richten. Es folgt eine Anfrage eines Einwohners, die vom Ersten Gemeinderat, Herrn Henkel, beantwortet wird. Folgendes Anliegen wird inhaltlich thematisiert:

- Haushaltssperre

Tagesordnungspunkt 8**Schließung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales um 18:31 Uhr.